

MÜSSEN ALLE BUNDESSTELLEN IN WIEN SEIN?



*Bayern verlagert
3.155 Dienstposten in
strukturschwache Regionen*

IWS fordert gleiche Chancen für alle: Müssen alle Bundesstellen in Wien sein?

Österreich ist in jüngster Vergangenheit jährlich um etwa 60.000 Einwohner gewachsen. Diese Zahl verteilt sich so: 30.000 auf die Bundeshauptstadt Wien und die restlichen 30.000 auf die verbleibenden acht Bundesländer. „Wir stellen fest, dass kein anderer vergleichbarer EU-Staat in seiner Hauptstadt eine größere Konzentration an Einwohnern im Vergleich zur restlichen Bevölkerung aufzuweisen hat als Wien“, erklärt IWS-Geschäftsführer Prof. Gottfried Kneifel. „Keine andere Hauptstadt in der EU hat einen so hohen Verdichtungsgrad wie Wien.“

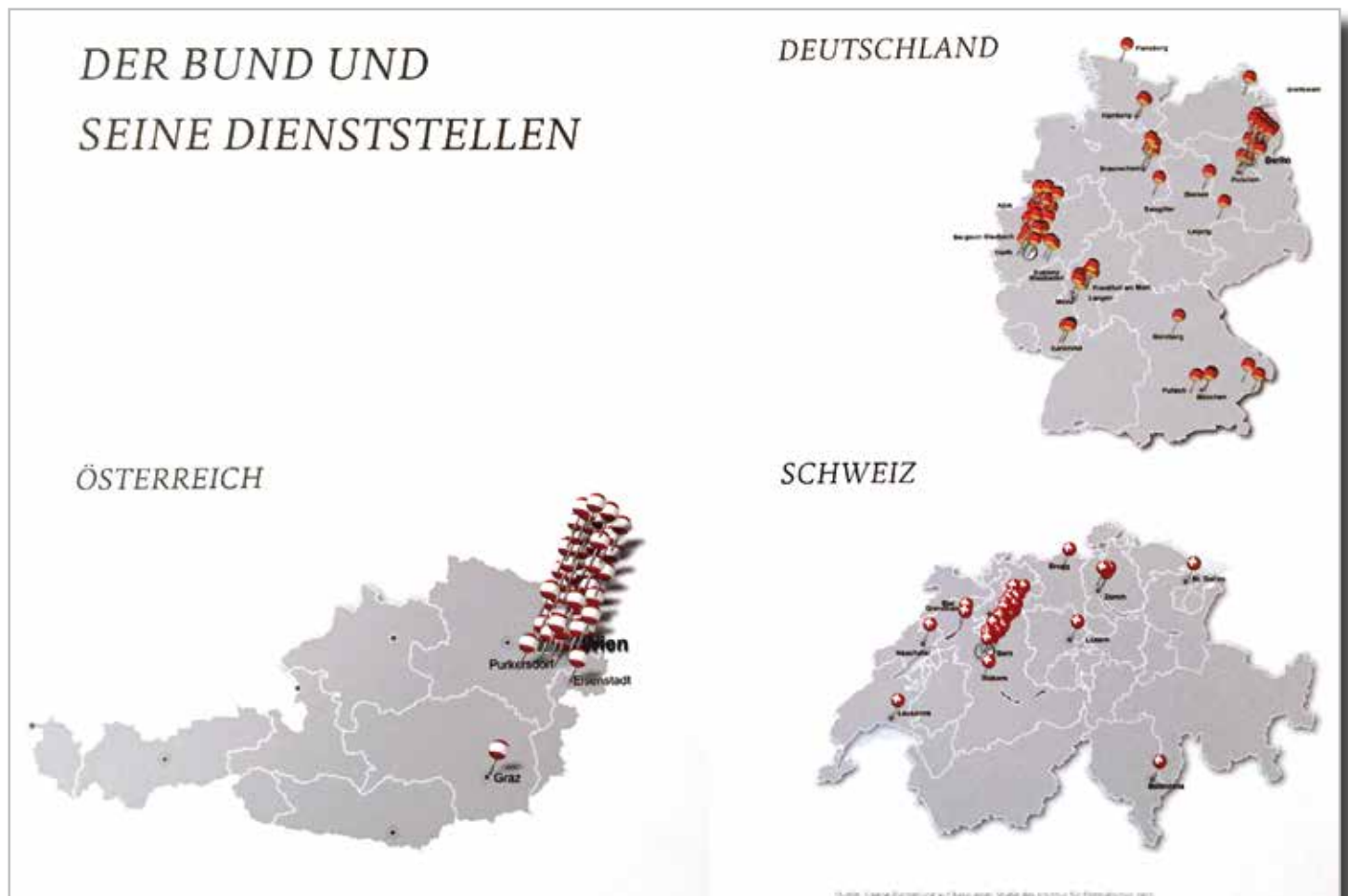
Folgewirkungen sind teuer

Folgewirkungen sind: Teurer Wohnraum, Folgen auf die Verkehrssituation, verstopfte Tangenten – vom täglichen Zeitverlust für Pendler, Freizeitraub, Unfallgefahren gar nicht zu reden. Mehrkosten für neue Verkehrsinfrastrukturen, Mobilität, Bahnen und mehr. Während in den peripheren Regionen die Strukturen manchmal schon verfallen – Nebenbahnen, Gastronomie, Hotellerie und Veranstaltungszentren – platzt Wien aus allen Nähten.

Wir stellen fest, dass von insgesamt 68 Bundesdienststellen und Bundesagenturen immerhin 65 ihren Standort in Wien haben. Wir stellen fest, dass darüber hinaus weitere 37 internationale Institutionen und Organisationen, bei denen wir aber keinen Einfluss auf die Standortentscheidung haben – wie die OPEC, die Atomenergiebehörde oder die EU-Menschenrechtsbehörde –, auch in Wien ihren Standort haben.

Wir gehen davon aus, dass es eine Staatszielbestimmung sein müsste, dass von der Verfassung her jedem Österreicher gleiche Entwicklungschancen zustehen. Es geht um Chancen und damit um Lebensqualität in den Regionen Österreichs. Wir sind keine Utopisten, die glauben, dass morgen das Parlament den Beschluss für eine Verlegung seines Standortes nach Rohrbach fassen wird oder dass der Verfassungsgerichtshof nach Braunau kommt oder die Präsidentschaftskanzlei nach Salzburg oder Bludenz. Es geht ausdrücklich nicht um die obersten Organe, die können in Wien bleiben.

Über alle anderen Agenturen und Bundesdienststellen sollte man reden. Zumindest, was Teile oder Abteilungen oder zukünftige Einrichtungen betrifft.





IWS-Enquete zur Dezentralisierung im Linzer Mozarthaus, von links: Georg Keuschnigg vom Föderalismusinstitut, IWS-GF Prof. Gottfried Kneifel, Bayerns Staatssekretär Albert Füracker, JKU-Ass. Elisabeth Dreer. Foto: IWS/Laesser

Landwirtschaftsminister Rupprechter muss in diesem Zusammenhang gelobt werden. Er hat vor kurzem die Bundesfischereianstalt von Wien nach Scharfling am Mondsee verlegt. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein! Wenn man daran denkt, dass die Bergbauernförderungsagentur in Wien in der Marxergasse ihren Sitz hat, wo es kaum die meisten Bergbauern Österreichs gibt, dann erkennt man, dass da noch Handlungsbedarf ist und viel Luft nach oben. Das wäre vielleicht die nächste Behörde, die man verlegen könnte.

Österreich ist keine Seemacht mehr

Richtig glaubwürdig werden diese Forderungen nur dann, wenn sie nicht ausschließlich an den Bund, die Ministerien gerichtet werden, sondern wenn auch die eine oder andere Landesdienststelle verlegt wird. Zumindest Abteilungen in die Bezirke. Es ist weder schicksalshaft noch gottgewollt, dass praktisch alle Bundesdienststellen ihren Sitz in Wien haben. Vieles lässt sich mit der Tradition der Monarchie erklären, diese vielen Bundesdienststellen in Wien bleiben allerdings ein Relikt aus der Monarchie. Deshalb gibt es immer noch die meeresbiologische schiffsbautechnische Versuchsanstalt in Wien! Wir sind keine Seemacht mehr, aber diese Versuchs-

anstalt gibt es immer noch. Wir stellen noch immer den Vizepräsidenten des Seegerichtshofes. Aber wieder zurück in die Gegenwart. Es geht um eine möglichst ausgewogene Entwicklung für alle Regionen. Man muss ja nicht alles neu erfinden.

„Wir fordern, dass die Bereitstellung von gleichwertigen Lebens- und Entwicklungschancen für alle Bewohner Österreichs in den Rang einer Staatszielbestimmung erhoben wird“, präzisiert Kneifel. Das IWS Oberösterreich wird dazu objektive und überparteiliche Studien bereitstellen. Kneifel: „Als Präsident des Bundesrates besuchte ich vor einem halben Jahr in Nürnberg auch das Ministerium für Finanzen, Landesentwicklung und Heimat – und da haben wir vereinbart, dieses Modell, das in Bayern gerade verwirklicht wird, in Österreich zu präsentieren.“



„Die Bewohner aller Regionen Österreichs sollen die gleiche Chance haben!“

Dr. Christoph Leitl
WKO- und IWS-Präsident

Bayern verlagert mit Heimatstrategie 3.155 Jobs in dezentrale Landkreise

„Mit der Heimatstrategie verlagert Bayern in den kommenden Jahren 3.155 Arbeits- und Studienplätze von München in strukturschwache Landkreise“, stellt der zuständige bayerische Staatssekretär Albert Füracker bei der IWS-Enquete im Linzer Mozarthaus fest. „Mit dieser Strategie wollen wir Vorbild sein, vielen Menschen das Pendeln ersparen und sie in den Regionen halten.“

In Bayern hat man sich besonders im Bereich Landesentwicklung und Heimat Gedanken gemacht, wie der Auftrag, der seit 2013 in der Verfassung steht – „die Herstellung und Bewahrung gleichwertiger Lebensbedingungen in ganz Bayern“ – umgesetzt werden kann. Erstmals seit 1806 findet somit im Freistaat Bayern höchstes staatliches Regierungshandeln nicht ausschließlich in München statt, sondern auch im so genannten Heimatministerium in Nürnberg.

Bayern wächst seit 20 Jahren

Der Begriff Heimat wurde ganz bewusst in die offizielle politische Debatte eingeführt durch die Entscheidung des Ministerpräsidenten auch in Nürnberg. Füracker: „Wir entwickeln dort die so genannte Heimatstrategie, die uns vor allen Dingen deswegen fordert, nicht bloß wegen des Verfassungsauftrages, sondern auch wegen der Realität in Bayern.“

Bayern hat in den vergangenen 20 Jahren etwa mehrere Millionen Menschen an zusätzlicher Bevölkerung gewonnen, hauptsächlich aus anderen Bundesländern – und keiner will dann mehr weg. Es gibt aber auch Gegenden in Bayern, die sehr reizvoll sind, die aber in

den vergangenen 20 Jahren sehr an Bevölkerung verloren haben. Der Nordosten von Bayern, Bayerischer Wald, auch in der Röhn und in der Oberpfalz.

Die Bayern überlegen daher jetzt mit dieser Gesamtstrategie, ob es zu schaffen ist, junge Menschen dafür zu begeistern, in ihrer Heimat zu bleiben oder auch wieder zurück zu kommen nach Bayern. Das ist die Heimatstrategie in Bayern!



Heimat ist dort, wo die Menschen leben

Füracker: „Wir sagen Heimat ist dort, wo die Menschen leben. Dort wo die Kommunen funktionieren, da funktioniert auch die Heimat. Und die Kommunen zu stärken, ist eigentlich der Untertitel für die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen in ganz Bayern.“ Denn dort, wo die Kommunen gerade im ländlichen Bereich funktionieren, dort können auch die jungen Menschen bleiben.

Was kann man also tun? „Wir müssen dafür sorgen, dass durch aktive Strukturpolitik gerade dort sichere Arbeitsplätze entstehen und gehalten werden“, sagt Füracker. „Wir müssen natürlich auch eine öffentliche Infrastruktur anbieten, die den Kommunen ermöglicht dort zu handeln. Wir haben zum Beispiel erreicht, dass wir weniger Geld in die großen Städte wie München geben, sondern mehr in die kleineren Gemeinden auch weiter draußen – das sind 8,56 Milliarden Euro. Das haben wir heuer im Finanzausgleich des Freistaates Bayern – bei einem Volumen von mehr als 50 Milliarden Euro – abgezweigt. Daran sieht man, dass da ein großer Anteil den Kommunen zur Verfügung gestellt wird.“ Ein weiterer fester Bestandteil von Bayerns Heimatstrategie ist der Breitbandausbau sowie die Schaffung von e-Government-Strukturen im ganzen Land. „Wir



Georg Keuschnigg, Gottfried Kneifel, Albert Füracker und Elisabeth Dreer (v. l.).
Fotos: IWS/Laesser

nehmen wie auch Österreich mehr Geld in die Hand, um die Breitbandstruktur zu ertüchtigen“, erklärt Füracker. „1,5 Milliarden Euro geben wir allein bis 2018 aus bayerischen Landesmitteln aus, um den 2056 bayerischen Kommunen zu ermöglichen, zusammen mit den Netzbetreibern eine Infrastruktur für die Datenübertragung zu schaffen, die man dringend braucht, damit Dezentralisierung auch funktioniert.“

Europaregion Donau-Moldau fördern

Als weiteren Aspekt setzt Bayern auf Regionalmanagement, das teilweise auch grenzüberschreitend betrieben wird – wie es auch in Österreich bekannt ist. Füracker: „Wenn ich beispielsweise an die Europa-region Donau-Moldau denke, das sind Dinge, die wir in unserer Heimatstrategie sehr forcieren und fördern. Ebenso wie die Dezentralisierung unserer Hochschulstruktur. Bayern hat in den vergangenen 30 Jahren die Hochschulen sehr dezentral aufgestellt mit vielen Fachhochschulen wie das bei uns heißt.“

Bereits Im März 2015 hat Bayern mit seiner größten Regionalisierungswelle der vergangenen Jahrzehnte begonnen. Früher schon hatte man gehört, „die verlagern die Bayern“, aber damals waren die Entscheidungen relativ zufällig. Dieses Mal wurde strategisch überlegt, aus welchen Bereichen heraus können Behördenverlagerungen stattfinden. Uns so entstanden 64 Verlagerungsprojekte aus allen Geschäftsbereichen der Verwaltung des Freistaates Bayern und auch aus allen Fachlaufbahnen. Natürlich werden genauso höhere Posten verlagert wie auch einfachere Dienste oder auch Angestellte. Entscheidend ist, dass in den Zielorten neue Perspektiven geschaffen werden.

Füracker: „Der Rechnungshof fragt, was kostet es? Ich sag dann immer ganz salopp, ich weiß noch nicht genau was es kostet, aber ich weiß, dass es sich in den Regionen wo wir die Behörden situieren, mehrfach bezahlt machen wird.“ Man träume immer davon, man könne Wohlstand konservieren, indem man einfach nichts mehr ändert. Das sei natürlich das große Problem. Aus der Wirtschaft wisse man: Stillstand ist Rückschritt. Wenn es zu spät ist für Veränderung,



„Eine Verlagerung von Bundesstellen bringt Jobs in ländliche Regionen!“

Dr. Kurt Pieslinger
IWS-Geschäftsführer



IWS-GF Prof. Gottfried Kneifel mit Bayerns Staatssekretär Albert Füracker.

Foto: IWS/Laesserer

dann wissen alle, dass Veränderung wichtig gewesen wäre und auch hier gilt der alte Satz: es kann alles nur gut bleiben, wenn sich viel verändert.

Menschen mit Lösungen überzeugen

„Und deswegen haben wir versucht, die Menschen zu überzeugen“, präzisiert Füracker. „Insofern haben wir auch Lösungen finden können, weil uns einiges an unserer staatlichen Struktur entgegenkommt. Wir stellen fest, dass uns in den Behörden bei denen wir Verlagerungen vornehmen wollen, in den nächsten zehn Jahren mehr als 1.500 Beschäftigte in den Ruhestand gehen. Wir stellen fest, dass wir sehr viele Interessierte an den Zielregionen haben. 470 Menschen haben sich schon dafür beworben. Das zeigt auch, dass die Menschen doch sehr heimatverbunden sind.“

Das Personalkonzept sieht vor, es müssen nur Menschen, die freiwillig ihren Dienstort wechseln, das auch tun. Deshalb lässt man sich in Bayern mit der Umsetzung Zeit bis 2025, weil dadurch Gewähr besteht, dass niemand gezwungen wird umzuziehen, sondern sich im Gefüge der Dienstpostenveränderungen sich immer wieder Möglichkeiten ergeben. Füracker: „Der sensibelste Bereich sind die Menschen. Wir reden immer über Dienstposten. Dienstposten sind in Wirklichkeit Menschen, Familien, Betroffene, die in der Zeitung lesen, da kommt jetzt der Staatssekretär oder der Minister und verlagert mich von München in den Bayerischen Wald. Solche Ängste gibt es und die müssen wir den Menschen nehmen. Keine Zwangsversetzungen, sondern Mobilitätsprämien oder Telearbeitsplätze.“ Dazu kommen strukturpolitische Effekte: Die Kaufkraft steigt, die Möglichkeit für bezahlbaren Wohnraum für junge Bedienstete in ländlichen Gegenden ist unheimlich viel wert. Dass vor Ort junge Familien bleiben können, einkaufen und investieren ist ja wunderbar.

Österreich hat enormen Aufholbedarf: Konzentration in Wien ist einzigartig!

Georg Keuschnigg vom Österreichischen Föderalismusinstitut präsentierte die IWS-Studie „Standorte der Bundesdienststellen im Vergleich Deutschland, Schweiz und Österreich“, in der das Ungleichgewicht von Bundesstellen sehr drastisch aufgezeigt wird: „In Österreich sind nur drei dieser Stellen außerhalb von Wien angesiedelt, in Deutschland hingegen sind 80 Bundeszentralen gleich auf 24 Städte verteilt und in der Schweiz findet man 45 Bundesbehörden in elf verschiedenen Städten.“

40 Jahre Forschung für Föderalismus

Das Institut für Föderalismus gibt es seit 40 Jahren. Es ist ein sehr kleines Institut mit vier Mitarbeitern. Getragen wird es von den Bundesländern Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg. Die Aufgabe dort ist das Thema Politik und Kommunikation. In diesem Zusammenhang wurden in den vergangenen Jahren doch einige interessante Arbeiten gemacht.

Die vorliegende Studie ist auch im Internet zu finden, sie ist ein Lehrbehelf für Schulen, sie gibt Auskunft darüber, was die Republik Österreich hat, wo diese Dienststellen sitzen und vor allem, wo die Leitungsfunktionen angesiedelt sind. Das Ergebnis des reinen Standortvergleiches der Bundesdienststellen in Österreich, Deutschland und der Schweiz zeigt, dass Österreich ein von der Verfassung her föderal aufgebauter Bundesstaat ist. In der Realität gibt es aber nichts Zentralisierteres, als die Republik Österreich.

„Wir haben für Österreich 68 Bundesdienststellen in den Vergleich aufgenommen“, erläutert Keuschnigg. „Alleine diese Zahl sagt schon etwas aus, weil weder in der Schweiz, noch in der Bundesrepublik der Bundessektor so stark ausgeprägt ist wie in Österreich. Die Definition des Bundes ist bei uns deutlich größer. Wir haben aber auch in der Bundesrepublik 67 Dienststellen gefunden, die wir in den Vergleich aufgenommen haben.“

Deutschland und Schweiz als Vorbild

In der Bundesrepublik Deutschland wurden 67 Bundesdienststellen verglichen: Diese sind in 24 Städten in allen deutschen Bundesländern verteilt. Interessant ist, dass vor allem die Bundesgerichte in Deutschland und in der Schweiz dezentral aufgestellt sind. In

Deutschland ist der Bundesverfassungsgerichtshof in Karlsruhe und auch in der Schweiz ist alles außerhalb von Bern.

In Österreich schreibt die Verfassung vor, dass alle obersten Organe zwingend in Wien situiert sein müssen. Das hat die kuriöse Auswirkung, dass selbst der

Bundesrat – also die Länderkammer – nicht außerhalb von Wien tagen kann. Selbst der Europa-Ausschuss oder ein anderer Ausschuss des Bundesrates kann nicht außerhalb der Bundeshauptstadt tagen. In diesem Punkt könnte man die Bundesverfassung schon einmal nachschärfen.

„Statt vorzustellen, was es alles in der Republik gibt, habe ich ein paar Bereiche speziell herausgenommen, den so genannten zweiten Ring“, sagt Keuschnigg. „Ich möchte damit nur den Alltagszentrismus, den wir in Österreich haben aufzeigen und welch ungeheure Dominanz man dabei in Wien erlebt.“



ORF nur in Wien, Budapest & Ljubljana

Beispiel ORF: Der ORF hat 24 ausgegliederte Einheiten. – überwiegend in Gesellschaften als GesmbH und GsmbH & CoKG. Davon sitzen 19 in Wien, es stimmt aber nicht, dass bei fünf Einrichtungen dezentralisiert wurde. Die Landesstudios sind nicht ausgegliedert, diese sind dem direkten Dirigismus der Zentrale unterworfen. Von den fünf sitzen zwei Firmen in Innsbruck – das sind Programmmanagement GesmbHs –, eine in Bozen, eine in Budapest und eine in Ljubljana. Man sieht also, dass sich in den großen Staatsunternehmen zu einem gewissen Zentralismus munter fort setzt. Die Aufstellung für die ÖBB spricht ebenfalls für sich: 25 ausgegliederte Einheiten, davon 25 mit Sitz in Wien. Keuschnigg: „Wir haben bei dieser Arbeit auch einiges

rund herum angeschaut. Wir haben das Finanzministerium genauer beleuchtet, weil dieses Ministerium kein homogener Block ist, sondern aus vielen Subeinheiten besteht, die jeweils hoch spezialisierte Einrichtungen sind. Man braucht nur an die digitale Entwicklung denken und damit an die IT-Firmen. Das sind alles hoch spezialisierte und hoch bezahlte Arbeitsplätze.“

Die jeweiligen Mitarbeiterzahlen zeigen die aufgeteilten Strukturen: Das Finanzamt für Gebühren, Verkehrssteuern und Glücksspiel hat 230 Mitarbeiter und die Großbetriebsprüfung hat 400 Mitarbeiter. Das Bundesrechenzentrum hat 1.200 Mitarbeiter. Wenn man nur an die digitale Entwicklung denkt, ist das ein sehr dynamischer Bereich.

Mit Sicherheit werden in den nächsten zehn Jahren zwei neue Einrichtungen gegründet. Wenn man im Vergleich die 25 ausgegliederten ORF-Firmen sieht, die praktisch nur mit Entwicklung von Programmen befasst sind, auch sehr stark im digitalen Bereich, wird sich auch dort in den nächsten zehn Jahren einiges an Neugründungen ergeben.

EU-Agenturen auf 32 Städte verteilt

Auch die Europäische Union hat in etwa 35 Agenturen, wobei das nicht der Vollbestand der europäischen Einrichtungen ist, da gibt es noch mehr. „Diese Agenturen sind auf 32 Städte in der Europäischen Union verteilt und ich habe noch nie gehört, dass dabei etwas nicht funktioniert“, sagt Keuschnigg. Die Frontex beispielsweise, die derzeit in aller Munde ist, ist in Polen zu finden, die Umweltagentur in Kopenhagen, die Lebensmittellagentur in Parma, das Europäische



IWS-Enquete in Linz, von links: Elisabeth Dreer, Georg Keuschnigg und Albert Füracker.

Fotos: IWS/Laresser

Unterstützungsbüro für Asylfragen in Valetta, die Europäische Polizeiakademie in Budapest. Man sieht also, dass im Zeitalter der IT, des digitalen Umfeldes, die Lokalisierung von Einrichtungen sekundär ist. Es funktioniert durchaus auch dezentral.

Keuschnigg: „Dann haben wir uns einige Entwicklungen angesehen, warum diese Dezentralisierung so wichtig ist. Wir haben ja keinen Anti-Wien-Reflex. Im Gegenteil, Wien ist ja eine ganz tolle Stadt zum Leben

und ist ja auch nicht ganz so schlecht verwaltet. Unsere Frage ist aber, was die Aufstellung der Bundesdienststellen für die Regionen bedeutet, für die Standorte und für die Lebenschancen.“



„Dezentralisierung ist eine große Zukunftschance für den ländlichen Raum!“

Ing. Andreas Pum
Bundesrat / NÖ

Studentenkarriere nur in Wien möglich

An den Zahlen der Statistik Austria sieht man, dass sich die Zahl der Reifeprüfungen und Diplomprüfungen mehr als vervierfacht hat oder die Zahl der Studienabschlüsse seit 1971/72 beinahe versechsfacht hat. Das bedeutet, es existiert eine Wissensgesellschaft mit vielen hoch und höchst qualifizierten Personen.

„Die Crux ist, dass diese Personen alle nach Wien müssen, um Karriere machen zu können“, erklärt

Keuschnigg. „Wir haben uns den Wanderungssaldo zwischen den Bundesländern und der Bundeshauptstadt angesehen. So verliert Oberösterreich konkret jährlich knapp 2.000 Personen. Wenn man sich die Alterskohorten im Detail ansieht, erkennt man, dass es dafür zwei Gründe gibt: Der erste Grund ist die Ausbildung und der zweite Grund sind die Arbeitsplätze. Es handelt sich um hoch und höchst qualifizierte Personen, die in diese Wanderung gezwungen werden, weil sie in der Region nicht die entsprechenden Ausbildungen oder Möglichkeiten vorfinden.“

Ein weiteres Projekt am Föderalismusinstitut soll unter dem Titel „Österreich Dezentral“ in einzelne Fachbereiche hinein gehen. In diesen Fachbereichen soll die Frage einer dezentralen Aufstellung unter dem Gesichtspunkt der maximalen Effizienz und auch der neuen Möglichkeiten durch Digitalisierung überprüft werden.

Beispiel Umweltbundesamt: 400 Jobs und 36 Millionen Euro Wertschöpfung

Am Beispiel des Umweltbundesamtes hat Univ.-Ass. Dr. Elisabeth Dreer von der Linzer Johannes Kepler Universität nachgewiesen, dass mit einer Verlagerung in die Bezirke rund 250 Arbeitsplätze geschaffen und Wertschöpfungseffekte bis zu rund 36 Millionen Euro lukriert werden könnten – genaue Berechnung siehe weiter unten.

Wien ist Österreichs Wasserkopf

„Wir haben einen Vorschlag gemacht, um zu zeigen, welche Effekte von solchen Institutionen ausgehen“, erläutert Dreer. „Der Ausgangspunkt war wie auch die Studie vom Institut für Föderalismus über die Zentralisierung der Verwaltung gezeigt hat, dass in Österreich das Phänomen Wasserkopf eine besondere Bedeutung hat. Das Ziel unserer Studie war zu zeigen, was eine Verlagerung von Institutionen in Österreich bringt. Wir haben nun willkürlich Beispiele ausgewählt um daran volkswirtschaftlich Effekte zu zeigen, die diese Institutionen für den Standort haben. Willkürlich deshalb, weil wir öffentlich zugängliche Informationen verwendet haben. Bei mehr Informationen durch die Behörden könnten wir natürlich genauere Details erarbeiten.“

Der Innovator für diese Studie war die Heimatstrategie in Bayern. Dreer: „Wir waren auch sehr überrascht, dass es so etwas tatsächlich gibt. Der Gedanke einer Dezentralisierung der Verwaltung im Rahmen einer aktiven Strukturpolitik ist für einen

gelernten Österreicher fast ein bisschen ungewöhnlich. Umso beachtlicher ist die Absicht, gleiche Lebens- und Arbeitsbedingungen in einem ganzen Land schaffen zu wollen.“

Die Einwohnerkonzentration der Hauptstädte in Relation zur Gesamtbevölkerung ist eine gute Kennzahl. Diese ist in Wien im internationalen Vergleich sehr hoch. So ergibt sich in der Aufstellung für Wien eine Konzentration von 20 Prozent. In Wien leben

nun 1,8 Millionen Menschen zu einer Gesamtbevölkerung von 8,5 Millionen in Österreich. Diese Konzentration steigt noch mehr. In London leben rund acht Millionen Menschen in Relation zu 64 Millionen im Vereinigten Königreich. In Berlin mit 3,5 Millionen Einwohnern in Relation zu 82

Millionen Einwohnern ist die Konzentration mit vier Prozent sehr gering. In Paris noch geringer. Unterstrichen wird das dann noch durch die Konzentration der öffentlichen Verwaltung in Wien. Dort gibt es attraktive Arbeitsplätze mit sicheren Einkommen, was auch eine gute Kaufkraft bedingt. Diese gute Kaufkraft bringt mit sich, dass sich andere Unternehmen dort ansiedeln und folglich auch Zuzug bedeutet. Dieser Effekt ist in Österreich sehr stark.

Weniger Wachstum in Rest-Österreich

Bei der Bevölkerungsentwicklung hat Wien einen stärkeren Wachstumstrend als Gesamtösterreich. 1990 hatte Wien noch 1,5 Millionen Einwohner und jetzt sind es 1,8 Millionen. 2030 werden auf Basis 1990 laut Statistik Austria 36 Prozent mehr Leute in Wien leben. Für Gesamtösterreich geht man von 18 Prozent Wachstum aus. Die Frage stellt sich, ob man diese Entwicklung so will. Das hat ja Auswirkungen auf die gesamte Infrastruktur, nicht nur Straßen, sondern auch Schulen und Krankenhäuser und vieles mehr.

Die peripheren Regionen müssen hingegen mit Wanderungsverlusten leben. Von dieser Zahl aus 2012, einer Nettozuwanderung von rund 44.000 entfallen 51 Prozent auf Wien. 2013 gab es in Österreich etwa 55.000 Nettozuwanderungen, eine Zahl die Ausland und Bezirke beinhaltet. Davon entfallen wieder 41 Prozent auf Wien und 2014 war die Zahl bei 72.000, wo-



„Die Wertschöpfungseffekte für benachteiligte Bezirke wären enorm!“

Dr. Friedrich Schneider
Professor an der JKU Linz

bei 37 Prozent auf Wien entfallen. Dieser Trend macht Überlegungen sinnvoll, wie man diese Entwicklung abmildern könnte.

Dreer: „Wir haben uns nur drei Beispiele herausgesucht die zeigen, was eine Institution für den jeweiligen Standort bewirkt. Die Betrachtungsweise ist aus rein volkswirtschaftlicher Sicht. Beispiele sind der Rechnungshof, die Statistik Austria und das Umwelt Bundesamt. Wir haben im Rahmen eines ökonometrisch geschätzten Simulationsmodells für Österreich versucht zu berechnen, welche Effekte durch diese Institutionen ausgehen.“

Rechnungshof kann heute überall sein

Der Rechnungshof ist ein unabhängiges Organ des Nationalrates, er prüft die öffentlichen Finanzen von Bund, Ländern und Gemeinden oder Unternehmungen, Fonds und Stiftungen des öffentlichen Rechts und Körperschaften, an denen die Öffentliche Hand zumindest mit 50 Prozent beteiligt ist. Diese sind verpflichtet, sich auf Aufforderung einer Prüfung durch den Rechnungshof zu stellen. Er ist in der Dampfschiffstraße situiert. Das Budget beträgt rund 30 Millionen Euro pro Jahr und 300 Arbeitsplätze.

Wenn man jetzt aus dem Personalaufwand von 24 Millionen Euro die Kaufkraft herausrechnet – das ist der Betrag, der tatsächlich ausgegeben wird, da ist die Sparquote schon abgerechnet – sind das immerhin 10,5 Millionen Euro, dann wurden aus dem Sachaufwand (auch das könnte bei genauer Befragung der Buchhaltung, wie viel regional ausgegeben wird, noch präziser sein) Werte zwischen 3,6 und 4,9 Millionen Euro herausgerechnet – und so kommt man zu direkten Wertschöpfungseffekten von 14,2 bis 15,4 Millionen Euro, die durch den Rechnungshof ausgehen.

Hochqualifizierte Jobs für Regionen

Diese direkten Wertschöpfungseffekte pflanzen sich über den Multiplikatoreffekt weiter. In der Zusammenfassung der wertschöpfungswirksamen Ausgaben durch den Rechnungshof ergeben sich dann volkswirtschaftliche Wertschöpfungseffekte gemessen am BIP, die sich zwischen 19 und 20 Millionen Euro bewegen. Damit – mit den Ausgabeneffekten durch den Rechnungshof – werden auch 150 bis 160 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert.

Nur die Verlagerung des Rechnungshofes würde also 300 hoch qualifizierte Arbeitsplätze bringen, einen direkten wirtschaftlichen Impuls zwischen 14 und 15 Millionen Euro, rund 20 Millionen induzierte Wertschöp-

fung gemessen am BIP und 150 bis 160 geschaffene oder gesicherte Arbeitsplätze.

Bei der Statistik Austria gibt es auch keinen unmittelbaren Grund, warum diese Institution unbedingt in Wien sein müsste. Die Statistik Austria wurde mit dem Bundesstatistikgesetz 2000 aus dem Bundesdienst ausgegliedert und ist seitdem eine selbstständige nicht auf Gewinn orientierte Bundesanstalt Öffentlichen Rechtes. Die Statistik Austria hat ein Budget von 61 Millionen Euro mit 845 Arbeitsplätzen und einen Personalaufwand von rund 36 Millionen Euro pro Jahr. Eine Verlagerung würde mehr als 800 hoch qualifizierte Arbeitsplätze bringen, direkte wirtschaftliche Impulse zwischen 33 und 37 Millionen Euro und rund 42 bis 49 Millionen Euro quasi volkswirtschaftliche Wertschöpfung gesamt gemessen am BIP. Zudem würden 330 bis 380 Arbeitsplätze dadurch geschaffen oder gesichert.

Verlagerung als Bundesländer-Chance

Das Umweltbundesamt ist eine Facheinrichtung für Umweltthemen. Sie nimmt hoheitliche Aufgaben des Bundes wahr und bietet auch Umwelt Consulting an. Das Budget von 41 Millionen Euro wird nur zu einem Teil aus einer Basisfinanzierung des Bundes bezahlt, der Rest geht über Projektfinanzierungen. Dort gibt es 388 Arbeitsplätze. Das Kaufkraftaufkommen beträgt zwei Millionen Euro, die jährlich ausgegeben werden und dazu kommt ein Sachaufwand zwischen 15 und 20 Millionen Euro, sodass hier Wertschöpfungseffekte zwischen 22,1 und 27,8 Millionen Euro entstehen.

Damit gilt für das UBA: Ungefähr 400 Arbeitsplätze mit direkten wirtschaftlichen Impulsen bis zu 28 Millionen Euro sowie insgesamt bis zu 36 Millionen Euro volkswirtschaftliche Wertschöpfung gemessen am BIP, wodurch wiederum weitere 280 Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Resümee: Man könnte durch diese aktive Strukturpolitik den Ballungsraum Wien entlasten und Wachstums-Chancen in den Bundesländern ermöglichen. Da die Immobilien dieser Institutionen sehr wertvoll sind, hätte Wien den Vorteil, sie gewinnbringend zu verwerten oder einer anderen Verwendung zuzuführen.



„Die Umsetzung dieser Initiative würde den Berufsverkehr in die Städte entlasten!“

Peter Oberlehner
Vizepräs. Gemeindevubund

Zentralen: Wien, Wien n

Wien als Zentralstellen-Wasserkopf: Im Gegensatz zur Schweiz und zu fast alle Bundesstellen ihre Zentrale in der Bundeshauptstadt. Das sollte n

Von Markus Staudinger,
Oberösterreichische Nachrichten

Wien – Das deutsche Bundesverfassungsgericht sitzt in Karlsruhe, die Bundesbank in Frankfurt, der Bundesnachrichtendienst in Pullach bei München, die Bundesarbeitsagentur in Nürnberg.

Österreichs Beitrag zu einer dezentralen Verteilung von Bundesdienststellen beschränkt sich im Wesentlichen auf das Bundesamt für Weinbau – das hat seine Zentrale in Eisenstadt – und das Bundesinstitut für Bildungsforschung (Bifie) mit Sitz in Salzburg. Dazu kommt das kleine Sprachen-Kompetenzzentrum in Graz.



„Wir haben in Österreich immer noch ein Amtsverständnis aus der k. u. k. Monarchie.“

Kurt Pieslinger
(IWS-Geschäftsführer) Foto: Weinhöb

Der große Rest der Zentralstellen türmt sich in Wien – inklusive ausgegliederter Bundesunternehmen wie Asfinag und ÖBB. Zwei Oberösterreicher treten jetzt dagegen auf: Gottfried Kneifel, VP-Fraktionschef im Bundesrat, und Kurt Pieslinger.

Pieslinger und Kneifel sind Geschäftsführer des Instituts Wirtschaftsstandort Oberösterreich (IWS) und starten einen neuen Anlauf für eine Aufteilung nach deutschem oder Schweizer Vorbild.

Gerüstet haben sie sich mit einer aktuellen Studie des Innsbrucker Instituts für Föderalismusforschung. „Der

Vergleich Österreichs mit der Schweiz und Deutschland ergibt das Bild eines hochzentralisierten Staates“, schreibt Institutsleiter Peter Bußjäger.

Während in Österreich Bundeseinrichtungen praktisch zur Gänze in Wien angesiedelt seien, seien die Zentralen relevanter Bundesdienststellen in Deutschland auf 24 Städte verteilt, in der Schweiz auf 11.

Durch die Zentralisierung in Wien werden qualifizierte Jobs und Kaufkraft weiter konzentriert. Und das, obwohl Wien und sein Umland schon jetzt stärker wachsen als jede andere Region in Österreich.

In den vergangenen zwölf Jahren stieg allein die Bevölkerung in Wien von knapp 1,6 auf 1,8 Millionen Personen. Das ist ein Zuwachs in der Größe der Stadt Linz. Nach Prognosen der Statistik Austria wird die Metropolregion Wien (Stadt und Umland) 2050 bereits drei Millionen Einwohner haben.

Der Zuwachs geht zu Lasten der Bundesländer: Rund 17.000 Personen betrug zwischen 2001 und 2011 etwa der Wanderungssaldo zwischen Oberösterreich und Wien – zum Großteil jung und gut qualifiziert.

Welche Behörden kann man in den Bundesländern ansiedeln? „Wieso kann nicht ein Höchstgericht, die AMS-Zentrale, die Statistik Austria oder der Bundesrechnungshof den Sitz außerhalb von

Wien haben?“, meint Pieslinger. Auf jeden Fall müssten allfällige neue Bundesdienststellen in den Ländern angesiedelt werden, sagt Kneifel.

Wäre eine stärkere Dezentralisierung von Verwaltung und Wirtschaft aber auch gut für das Gesamtgefüge? Ja, sagen die Innsbrucker Forscher und berufen sich auf eine Studie des Schweizer Forschungsinstituts BAK Basel Economics. Demnach führe ein „höherer Grad an Dezentralisierung in der Regel zu

höherem Wirtschaftswachstum“.

Mit 1. Juli übernimmt Oberösterreich turnusgemäß die Vorsitzführung unter den Bundesländern: Landeshauptmann Josef Pühringer in der LH-Konferenz, Gottfried Kneifel im Bundesrat. Das werde man nutzen, um das Thema weiter zu forcieren, sagt Kneifel.

Wie hoffnungsfroh sind er und Pieslinger, ihre Pläne durchsetzen zu können? Kneifel verweist auf das Re-



Nur du allein

Deutschland haben in Österreich nicht so sein, stellt eine Studie fest.

De-Zentralismus

Bundesinstitutionen: Österreich, Deutschland und die Schweiz gehen beim Föderalismus gänzlich unterschiedliche Wege. Während Deutschland seine 80 Bundeszentralen auf 24 Städte verteilt, sind die 45 Schweizer Institutionen in elf Städten beheimatet. Demgegenüber sind von 68 österreichischen Bundesinstitutionen 65 in Wien zentralisiert. Nur die drei kleinen Weinbau-, Straßen- und Bildungsämter sind in Landeshauptstädten.



Grafik: Tiroler Tageszeitung



gierungsprogramm der rot-schwarzen Koalition, das vorsieht, Pilotprojekte in diese Richtung zu starten.

„Wir reden derzeit über Verwaltungs- und Föderalismusreformen“, sagt Pieslinger. „Daher bietet sich jetzt eine große Chance.“ Man müsse sich davon verabschieden, dass Bundesstellen mit einer Quasi-Selbstverständlichkeit in Wien angesiedelt sein müssen. „Das ist ein Amtsverständnis aus der k. u. k. Monarchie.“

Bayern geht mit Behörden „aufs Land“

München – Nicht nur dass die Bundesrepublik Deutschland ihre Stellen dezentral verteilt hat, auch in den Bundesländern muss nicht alles in der Landeshauptstadt beheimatet sein.

Markus Söder, bayerischer Finanz- und Heimatminister (CSU), hat Anfang März seine Pläne vorgestellt, Zentralstellen der Landesverwaltung in die Regionen auszusiedeln.

Mehr als fünfzig Behörden und staatliche Einrichtungen werden verlagert oder neu gegründet, 2225 Beschäftigte dafür in den nächsten fünf bis zehn Jahren umziehen. „Freiwillig“, wie Söder betont. „Außerdem gehen in den nächsten zehn Jahren in den Behörden etwa so viele Beschäftigte in den Ruhestand, wie versetzt werden sollen.“ München wird die Verliererin der Ämterverlagerung sein.

Die Digitalisierung ermögliche die Dezentralisierung der Verwaltung, sagt Söder.

Da mache es auch keinen Unterschied, ob eine Behörde einen Stock tiefer oder gleich in einer anderen Stadt angesiedelt sei. Mit der Behördenverlagerung schaffe man Arbeitsplätze außerhalb des ohnehin starken Zentralraums München. (mst/loön)

Wasserkopf Wien, wenig für Länder

Die Bündelung von Institutionen in Wien bringt Länder um nötiges Wachstum.

Wien – Die Suche nach Bundeszentralen fällt in Österreich leicht: 65 von 68 Bundesinstitutionen, darunter alle großen, sind in Wien beheimatet. Nur die drei kleineren Behörden für Weinbau, Sprachen und Bildung haben ihren Sitz in Landeshauptstädten. In Tirol findet sich gar kein zentrales Bundesamt. Dabei würde eine bessere Aufteilung der Ämter Wirtschaftswachstum, qualifizierte Jobs und Kaufkraft verteilen, besagt eine Studie des Innsbrucker Institutes für Föderalismusforschung.

Der hochkonzentrierte Zentralismus Österreichs führt demnach dazu, dass aus den Ländern immer mehr Personen in die Bundeshauptstadt abwandern. Bis 2050 wird die Einwohnerzahl Wiens so auf rund drei Millionen anwachsen, Wirtschaftswachstum inklusive. Eine Initiative des Bundesrates fordert deshalb, dass größere Institutionen wie das Verfassungsgericht oder der Bundesrechnungshof in die Provinz übersiedeln sollen. (TT)

Malina: 100 Jahre nach der Monarchie ist es Zeit für eine effiziente Verwaltung

Bgm. Wolfgang Schirz, St. Martin/Mkr.

Ich kann das Gesagte von Staatssekretär Füracker bestätigen: Wir haben vor kurzem eine Besprechung mit dem Bürgermeister von Freyung gehabt, die haben bereits eine Außenstelle bekommen. Wir sind uns auch klar, dass das für uns in den ländlichen Regionen von unabdingbarer Notwendigkeit wäre.



Mag. Paul Malina-Altzinger, Geschäftsführender Gesellschafter

Ich schlage in dieselbe Kerbe wie Bürgermeister Schirz. 100 Jahre nach Zusammenbruch der Monarchie, 70 Jahre nach Ende des 2. Weltkriegs und 20 Jahre nach dem EU-Beitritt stehen wir alle mitten im globalen Wettbewerb. Georg Keuschnig hat das

sehr schön beschrieben. Wir haben uns der grundsätzlichen Frage zu stellen, wie sich die Republik Österreich aufstellen muss, um in diesem Wettbewerb in Zukunft nachhaltig erfolgreich zu bestehen. Da muss man all die angesprochenen Themen behandeln – bis hin zur Idee einer grundsätzlichen Bundesstaatsreform. Ich finde daher

diese Ansätze absolut positiv und richtig.

Im Hintergrund soll aber immer das klare Ziel stehen: Wir müssen optimale Bedingungen für unsere Betriebe schaffen, um im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig zu sein.

Unsere Verwaltung ist dorthin zu führen – auch durch Zusammenführung und einen Stopp offensichtlicher Fehlentwicklungen –, wo sie sinnvoll und effizient arbeiten kann und zukunftstauglicher Dienstleister ist.



Bundesrat Bgm. Peter Oberlehner Personalvertretung Land OÖ und Vizepräsident Gemeindebund

Als Bürgermeister und Vizepräsident des Gemeindebundes möchte ich mich vorerst für diese Initiative des IWS Oberösterreich bedanken, weil es um einen Richtungswechsel geht. Um endlich anders zu denken, muss dieses Thema angesprochen werden. Bis jetzt wird immer nur in Richtung Zentrale gedacht, aber wir müssen lernen, aus der Zentrale heraus zu denken. Wenn das Schlagwort vom „Ländlichen Raum“ mehr als ein Schlagwort sein soll, dann brauchen wir Taten dazu

und dieser Ansatz nun ist gut. Wir wollen ja Wegzug verhindern und sogar Zuzug ermöglichen und ich sehe sogar viele Vorteile im umgekehrten Sinn: Die Verkehrsentskrampfung in Linz muss doch auch ein Thema sein. Wenn man erreicht, dass in der Früh 2.000 Leute weniger herein fahren, dann könnte der Stau hier doch schon viel weniger sein. Das ist auch für den Gemeindebund interessant und da kann ich gerne anbieten, das als Organisation zu unterstützen, um all das zu ermöglichen und hier etwas zu entwickeln.

Die Sorge der Mitarbeiter ist ja schon angesprochen worden. Natürlich gibt es die. Es ist klar, dass die Leute Ängste haben, versetzt zu werden und irgendwohin zu müssen. Ich denke mir, dass man das sehr gut abfedern kann, wie das in Bayern schon hervorragend gemacht wird. Es geht ja nicht darum, dass das von heute auf morgen verändert wird, sondern dass dies langsam und sukzessive geschieht. Aus der Sicht der Behörde, des Amtes der Landesregierung, macht die neue Technologie das möglich. Egal, wo der Sitz ist, auch aus Rohrbach können Akten erledigt werden, was vor 20 oder 30 Jahren in dieser Form noch nicht möglich gewesen wäre. Wir machen jetzt noch den eher gegenteiligen Weg. Wir schließen dezentrale Verwaltungsbehörden und überlegen, ob man sie reduzieren soll.



Ich bin Niederösterreicher, der, wenn ich mir die politische Diskussion so anhöre, Ähnlichkeiten zu Bayern erkennt. Zur Sache: Die sozialen Diskussionen wurden ja schon sehr stark in den Mittelpunkt gestellt und sind vom föderalistischen Ansatz her sicher der richtige Weg. Wir diskutieren Zentralismus versus Föderalismus auf vielen Ebenen. Ich denke, es muss auch eine neue Infrastruktur geschaffen werden, um Zentren neu zu stärken, Orte zu stärken oder auch dezentrale Orte mobiler zu machen.



Und dabei geht es immer auch um Kosten. JKU-Assistentin Dreer hat ja viele Zahlen und ökonomische Effekte angeführt. Wir reden oft vom gemeinsamen Einkauf. Bei dieser Strukturveränderung muss daher auch verstärkt auf die regionale Wirtschaft Rücksicht genommen werden, um die Regionen zu stärken – im Sinne der nachhaltigen Wertschöpfungskette.

Dr. Roman Obrovsky, ehem. GF AMS Oberösterreich

Ich spreche jetzt einmal als *Advocatus Diaboli*. Wenn man sich die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung nicht nur in Österreich ansieht, sondern in der ganzen



Welt, dann stellt man ja einen ganz starken Urbanisierungstrend fest. Mittlerweile leben mehr als 50 Prozent der Weltbevölkerung in Städten. Wenn man dazu die politische Diskussion verfolgt, hat man eher den Eindruck, dass dem föderalistischen Ansatz der Wind ins Gesicht bläst. Es wird argumentiert, dass der zentralistische Ansatz

kostengünstiger ist, die Kommunikationswege sind kürzer, es wird leichter regierbar, auch der ökologische Fußabdruck der Urbanisierung sei der günstigere. Es braucht Aspekte in der Entwicklung, dass man diesem Trend zum Zentralismus gegensteuern kann.

Als gastronomischer Unternehmer in Linz und Obmann des Oberösterreich-Tourismus wollte ich im Anschluss an Dr. Obrovsky – weltweiter Mainstream der Urbanisierung der auf der Hand liegt – anfügen:

In Oberösterreich beobachten wir das Phänomen, dass wir eine Abwanderung in die Städte haben, was wiederum das Sterben von Landgasthäusern zur Folge hat.

In diesem Zusammenhang möchte ich die relativ schwierigen Bedingungen in Österreich für die Gastronomie und die Hotellerie erwähnen. Was mich nun interessieren würde: Dieser Trend zur Dezentralisierung, den Sie in Bayern hervorragend begleiten, waren bei diesen Gesprächen touristische Unternehmen eingebunden, gab es dabei Unternehmer? Ich weiß das von Kollegen aus dem Bayerischen Wald, dass es strukturschwache Regionen gibt, hat das bei dieser Entwicklung eine Rolle gespielt, bei der Heimatstrategie? Wie hat sich die Tourismuspolitik in dieser Strategie eingebunden? Das würde mich interessieren.

Antwort Albert Füracker: Ich muss sagen, dass unser Projekt touristisch keine große Begleitung erfahren hat. Aber auch da gilt, was die Gastronomen in immer intensiv gefordert haben: Breitbandausbau, Erreichbarkeit über schnelles Internet, W-LAN und natürlich Attraktivität der jeweiligen Region. Es ist klar, wenn ein Dorf „ausstirbt“, wenn da keine Leute mehr wohnen, dann ist es auch touristisch nicht mehr so interessant.



Interessierte Zuhörer bei der IWS-Enquete in Linz, vorne von rechts: IWS-GF Kurt Pieslinger, Prof. Gottfried Kneifel und Georg Keuschnigg. Fotos: IWS/Laesserer



FÜRACKER: ERFOLGSMODELL BEHÖRDENVERLAGERUNG Vortrag vor dem Institut Wirtschaftsstandort Oberösterreich in Linz

2015 war der Startschuss für die größte bayerische Regionalisierung von Behörden und staatlichen Einrichtungen der letzten Jahrzehnte. Das Konzept „Regionalisierung von Verwaltung“ sieht die Verlagerung von über 50 Behörden und staatlichen Einrichtungen mit 3.155 Personen aus Ballungszentren in ländliche Regionen Bayerns vor. „Die Umsetzung des bayerischen Vorzeigemodells ist auf einem sehr guten Weg. Nahezu alle Fachkonzepte sind von den Ressorts erstellt. Das Flächenmanagementverfahren wurde bei mehr als 90 Prozent der Projekte eingeleitet. Bei rund einem Drittel der Projekte steht bereits die dauerhafte Unterbringung fest. 2016 werden über 20 Behörden und Einrichtungen mit rund 300 Personen starten. Damit betreiben wir aktive Strukturpolitik und generieren Wachstumschancen gerade im ländlichen Raum“, merkte Finanzstaatssekretär Albert Füracker in seinem Vortrag beim Institut Wirtschaftsstandort Oberösterreich in Linz am Mittwoch (6.4.) an. Die Stärkung der Regionen mit qualifizierten, sicheren Arbeitsplätzen sei passgenaue Strukturpolitik am richtigen Ort. „Wir sind überzeugt: Strategische Investitionen in den ländlichen Raum sind lohnende Investitionen in die Zukunft und damit in die Heimat von morgen“, hob Füracker hervor.

Die Heimatstrategie beruht auf den fünf Säulen Kommunaler Finanzausgleich, Strukturentwicklung für ganz Bayern, Breitbandausbau und E-Government, Nordbayern-Initiative und Behördenverlagerung. Der Kommunale Finanzausgleich trägt zur gleichmäßigen Entwicklung im ganzen Land bei und ergänzt Einnahmen der Kommunen, so dass jede Kommune in der Lage ist, ihre Aufgaben zu erfüllen. Der Freistaat unterstützt seine Kommunen massiv: Jeder 4. Euro an Ausgaben geht an die Kommunen. 2016 weist er das Rekordvolumen von rd. 8,56 Mrd. Euro auf.

Im Rahmen der Strukturentwicklung unterstützt der Freistaat Bayern z.B. - wie auch die Republik Österreich - Regionalmanagements, auch Grenzüberschreitende mit der Region Oberösterreich. Füracker erwähnte beispielhaft die Koordinierungsstellen Ländlicher Raum Niederbayern mit dem Landkreis Altötting der Europaregion Donau-Moldau (Förderung bis 2018: 537.755 Euro) oder die Koordinierungsstelle Ländlicher Raum Oberpfalz der Europaregion Donau-Moldau (Förderung bis 2018: 455.330 Euro).

In Bayern läuft der Ausbau von schnellem Internet auf Hochtouren. Füracker: „Breitband ist Zukunft. Nur wo Breitband vorhanden ist, werden Arbeitsplätze entstehen und erhalten. Mit unserem bundesweit einmaligen Förderprogramm von 1,5 Milliarden Euro bis 2018 bringen wir ganz Bayern an das schnelle Netz. Jede Gemeinde erhält eine Ausfahrt von der Datenautobahn.“

[Drucken](#)  [Seitenanfang](#)  [Inhaltsverzeichnis](#) 

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Postfach 22 00 03, 80535 München
Pressesprecher: Tina Dangel, Carolin Mayr, Tanja Sterian
Telefon 089 2306-2460 und 2367, Telefax 089 2809327
E-Mail: presse@stmflh.bayern.de, Internet: www.stmflh.bayern.de



Kronen Zeitung/OÖE

45 Prozent der Österreicher pochen auf Selbstverwaltung: **Absage an Wien-Zentralismus!**

1:2 geht unter den Österreichern das Match zwischen zentralistischer – Wien-dominierter – und föderalistischer – Länder-dominierter – Ordnung aus, zeigt eine bundesweite IMAS-Umfrage im Auftrag des Institutes Wirtschaftsstandort OÖ. Überdies wünscht sich eine Mehrheit noch mehr Föderalismus in Österreich.

„45 Prozent der Österreicher wollen, dass die Anliegen der Bundesländer auch im jeweiligen Bundesland geregelt werden, nur ein knappes Viertel würde einen Zentralismus aus Wien befürworten. Ein Drittel der

Befragten ist diesbezüglich noch unentschieden.“ So fasst Gottfried Kneifel, Präsident des Bundesrates, das IMAS-Hauptergebnis zusammen. Und als Vorsitzender der Länderkammer des Parlaments begrüßt Kneifel

diese Anti-Zentralismus-Mehrheit natürlich.

Kneifel weiter: „Insgesamt zeigt sich auch, dass der Föderalismus nicht nur als nützlich empfunden wird, sondern auch mit Aufholbedarf eingeschätzt wird.“ Das heißt, dass sich 37 Prozent der Befragten mehr Föderalismus wünschen, und nur 19 Prozent mehr Zentralismus. Wieder ist die Gruppe der Unentschiedenen mit 28 Prozent groß.

Behörden in die Provinz: Bayern macht es vor

Enquete in Linz zeigt Möglichkeiten für Behördenverlagerung auf

Von Hermann Neumüller

LINZ. Müssen alle Bundesstellen in Wien sein? Dieser Frage ging gestern eine Enquete des Instituts Wirtschaftsstandort Oberösterreich (IWS) im Linzer Mozarthaus nach. Prominentester Teilnehmer: der bayerische Finanz- und Heimat-Staatssekretär Albert Füracker. Der Freistaat ist gerade dabei, 3155 Dienststellen von München in strukturschwache Landkreise zu verlagern.

Das Konzept „Regionalisierung von Verwaltung“ ist aber nur ein Teil der „Heimatstrategie“, die Bayern seit 2013 verfolgt. Ziel sei es, möglichst gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in Stadt und Land zu schaffen. „Die bayerische Bevölkerung wächst, die Wirtschaft läuft gut, aber es können nicht alle Menschen in den Ballungszentren leben“, sagt Füracker im Gespräch mit den OÖN.

„

München bleibt stehen, auch wenn es dort 2000 Beamte weniger gibt.“

■ **Albert Füracker**, Staatssekretär im Staatsministerium der Finanzen

Deshalb will Bayern 2225 Beamte und Tarifbeschäftigte und 930 Studierende vor allem aus München, aber auch aus anderen Ballungszentren in den ländlichen Raum verlagern. Was spektakulär klingt, relativiert sich freilich allein dadurch, dass der Freistaat rund 300.000 Mitarbeiter zählt, 70.000 davon in München. Der überwiegende Teil der Beamten lässt sich freilich nicht so ohne weiteres versetzen, weil es sich um Lehrer oder Polizeibeamte handelt, die ortsgebunden tätig sind.

Trotzdem ist die Initiative der Bayern bemerkenswert. Als Beispiel für Verlagerungen nannte Füracker Arbeitsbereiche des



IWS-Enquete in Linz: Albert Füracker (re.), Gottfried Kneifel

Foto: IWS

Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung und Teile des Landesamtes für Steuern. War diese oberste Finanzbehörde des Landes bisher nur in München und Nürnberg angesiedelt, soll es bald auch eine Dienststelle mit 100 Mitarbeitern in Zwiesel geben.

Sozialverträglichkeit wird für Bayern groß geschrieben. „Behördenverlagerungen gibt es nur gemeinsam mit den Beschäftigten“, sagt Füracker. Dass die Betroffenen „keine Jubelarien anstimmen“, sei klar. Der Zeitplan sehe deshalb auch den Abschluss der Behördenverlagerungen in fünf bis zehn Jahren vor. Damit könne man auch die natürliche Personalfuktuation nutzen. In den nächsten zehn Jahren würden in den betroffenen Behörden viele Personen altersbedingt ausscheiden. „Es wird auf jeden Fall niemand gegen seinen Willen versetzt“, stellt Füracker klar.

Konzentration in Wien

In Deutschland und auch in der Schweiz sind die Bundesdienststellen weitaus weniger stark konzentriert wie in Österreich. Georg Keuschnigg vom Österreichischen Föderalismusinstitut präsentierte bei der Enquete eine vom IWS in Auftrag gegebene Studie, wonach die Konzentration der Bundesdienststellen in Österreich extrem hoch ist.

In Österreich sind nur drei dieser Stellen außerhalb von Wien angesiedelt, in Deutschland hin-

■ ZUR PERSON

Albert Füracker (48) ist seit 2013 Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und dort für „Landesentwicklung und Heimat“ zuständig. Füracker war und ist in der Kommunalpolitik in verschiedenen Ämtern tätig, unter anderem seit 1990 als Gemeinderat in seiner Heimatgemeinde Lupburg sowie als Kreisrat im Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz.

gegen sind 80 Bundeszentralen gleich auf 24 Städte verteilt, und in der Schweiz findet man 45 Bundesbehörden in elf verschiedenen Städten. „Diese Konzentration in Wien kann man sicher historisch begründen, aber nirgends steht, dass es in aller Zukunft so bleiben muss“, sagte Bundesrat und IWS-Geschäftsführer Gottfried Kneifel.

Als mögliche Bundesbehörden, die man aus Wien in die Bundesländer auslagern könnte, nannte Elisabeth Dreier, Assistentin am Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Linz, den Rechnungshof, die Statistik Austria und das Umweltbundesamt. Die drei Behörden beschäftigen zusammen 1500 Mitarbeiter und verfügen gemeinsam über ein jährliches Budget von 130 Millionen Euro.

„Aktive Strukturpolitik“ wie in Bayern brächte Chancengleichheit der Regionen

Es könnte eine Win-Win-Lösung sein: die Dezentralisierung der Verwaltung bringt einerseits Chancen für den ländlichen Raum und entlastet andererseits den Ballungsraum. In Österreich sind von 68 Bundesstellen 65 in Wien, in der Bundesrepublik Deutschland sind von 67 nur 18 in der Hauptstadt Berlin angesiedelt. Im Auftrag des **Institutes Wirtschaftsstandort OÖ (IWS)** haben nun Föderalismusinstitut und die JKU Studien erarbeitet. „Denn wir brauchen als erstes Fakten und Zahlen für die Bewusstseinsbildung“, so IWS-Geschäftsführer **Gottfried Kneifel**. Und die Zahlen sind klar: Erstens ist der Zentralismus in Österreich enorm. Nicht nur in der direkten Hoheitsverwaltung, selbst bei den Staatsbetrieben bleibt man am liebsten in der Bundeshauptstadt. So seien laut Georg Keuschnigg (Föderalismusinstitut) alle 25 ausgegliederten ÖBB-Gesellschaften in Wien. Die Folge: Der Zuzug nach Wien ist ungebrochen. Pro Jahr wandern aus Oberösterreich 1960 mehr nach Wien ab als von Wien kommen. Der Wohnraum in Wien wird immer teurer und auch ein Verkehrsinfarkt droht. Auf der anderen Seite gibt es Regionen,



IWS-Enquete zur Dezentralisierung in Linz, v.l.: IWS-GF Gottfried Kneifel, Elisabeth Dreer (JKU), Georg Keuschnigg (Föderalismusinstitut) und Bayerns Staatssekretär Albert Füracker.

Foto: IWS/Laresser

die massiv von Abwanderung betroffen sind, wo die Infrastruktur abgebaut und die jungen Leute keine Perspektive mehr sehen.

Chancen geben

Vor diesem Problem stand man auch in Bayern und entschied sich für eine aktive Strukturpolitik. „Die jungen Menschen müssen auch in diesen Regionen die gleichen Chancen haben“, so Albert Füracker, Staatssekretär im bayrischen Finanzministerium. Insgesamt werden in den kommenden Jahren 3155 Dienstposten von München in strukturschwache Landkreise übersiedeln. Dafür

wurde einerseits ein Raster entwickelt, um den neuen Standort festzulegen und andererseits objektiviert, welche Behörden dafür in Frage kommen. Es werde keine Zwangsversetzungen geben. Da auch in Bayern in den kommenden Jahren eine Pensionierungswelle ansteht, gehe es oft darum, dass die neuen Mitarbeiter gar nicht erst nach München ziehen.

An der Linzer Johannes Kepler Uni hat man nun berechnet, was etwa eine Übersiedelung des Rechnungshofes bringen würde — 311 sichere Arbeitsplätze direkt und bis zu 160 indirekte Arbeitsplätze kämen so in die Region.

„Das ist noch wie in der Monarchie“

Im Gegensatz zur Schweiz und zu Deutschland haben in Österreich fast alle Bundesstellen ihre Zentrale in der Hauptstadt. Das sollte nicht so sein, stellt eine aktuelle Studie fest.

Von Markus Staudinger

LINZ/WIEN. Das deutsche Bundesverfassungsgericht sitzt in Karlsruhe, die Bundesbank in Frankfurt, der Bundesnachrichtendienst in Pullach bei München, die Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg.

Österreichs Beitrag zu einer dezentralen Verteilung von Bundesdienststellen beschränkt sich auf das Bundesamt für Weinbau (Zentrale in Eisenstadt), das Bundesinstitut für Bildungsforschung (Bifie) mit Sitz in Salzburg und das Sprachen-Kompetenzzentrum (Graz).

Mit Höchstgerichten und Nationalbanken hält das eher nicht mit.

Die türmen sich gemeinsam mit dem großen Rest anderer Bundeszentralstellen in Wien – ausgegliederte Bundesunternehmen wie Asfinag und ÖBB inklusive.

Zwei Oberösterreicher treten jetzt dagegen auf: Gottfried Kneifel, VP-Fraktionschef im Bundesrat, und Kurt Pieslinger.

„Durch die Konzentration in Wien fließen Arbeitsplätze und Kaufkraft aus den Ländern ab.“



Foto: Cityfoto

Gottfried Kneifel, VP-Bundesrat und IWS-Geschäftsführer

Pieslinger und Kneifel sind Geschäftsführer des Instituts Wirtschaftsstandort Oberösterreich (IWS) und starten einen neuen Anlauf für eine Aufteilung nach deutschem oder Schweizer Vorbild.

Gerüstet haben sie sich mit einer aktuellen Studie des Innsbrucker Instituts für Föderalismusforschung. „Der Vergleich Österreichs mit der Schweiz und Deutschland ergibt das Bild eines hochzentralisierten Staates“, schreibt Institutsleiter Peter Bußjäger.

Wien wächst und wächst...

Während in Österreich Bundeseinrichtungen praktisch zur Gänze in Wien angesiedelt sind, seien die Zentralen relevanter Bundesdienststellen in Deutschland auf 24 Städte verteilt, in der Schweiz auf elf (siehe Grafiken).

Durch die Zentralisierung in Wien werden qualifizierte Jobs und Kaufkraft weiter konzentriert. Und das obwohl Wien und sein Umland schon jetzt stärker wachsen als

DIE UNGLEICHE VERTEILUNG VON BUNDESBEHÖRDEN

Österreich

Mit Ausnahme von drei kleineren Stellen konzentrieren sich die Bundesbehörden alle in Wien – darunter alle Höchstgerichte, die Nationalbank etc.



Deutschland

Beispiele



Schweiz

Beispiele



Anzahl der Behördenzentralen je Standort

ÖÖNGrafik

jede andere Region in Österreich.

In den vergangenen zwölf Jahren stieg allein die Bevölkerung in Wien von knapp 1,6 auf 1,8 Millionen Personen. Das ist ein Zuwachs

in der Größe der Stadt Linz. Nach Prognosen der Statistik Austria wird die Metropolregion Wien (Stadt und Umland) 2050 bereits drei Millionen Einwohner haben.

„Wir reden derzeit über eine Föderalismusreform. Das ist die Chance, auch bei den Behörden etwas zu ändern.“



Foto: ÖÖN

Kurt Pieslinger, IWS-Geschäftsführer

Der Zuwachs geht zu Lasten der Bundesländer: Rund 17.000 Personen betrug zwischen 2001 und 2011 etwa der Wanderungssaldo zwischen Oberösterreich und Wien – zum Großteil jung und gut qualifiziert.

Höchstgerichte in den Ländern?

Welche Behörden kann man in den Bundesländern ansiedeln? „Wieso kann nicht ein Höchstgericht, die AMS-Zentrale, die Statistik Austria oder der Bundesrechnungshof den Sitz außerhalb von Wien haben“, meint Pieslinger. Auf jeden Fall müssten allfällige neue Bundesdienststellen in den Ländern angesiedelt werden, sagt Kneifel.

Wäre eine stärkere Dezentralisierung von Verwaltung und Wirtschaft aber auch gut für das Gesamtgefüge? Ja, sagen die Innsbrucker Forscher und berufen sich auf eine Studie des Schweizer Forschungsinstituts BAK Basel Economics. Demnach führe ein „höherer Grad an Dezentralisierung in der Regel zu höherem Wirtschaftswachstum“.

Mit 1. Juli übernimmt Oberösterreich turnusgemäß die Vorsitzführung unter den Bundesländern: Landeshauptmann Josef Pühringer in der LH-Konferenz, Gottfried Kneifel im Bundesrat. Das werde man nutzen, um das Thema weiter zu forcieren, sagt Kneifel.

Wie hoffnungsfroh sind er und Pieslinger, ihre Pläne durchsetzen zu können? Kneifel verweist auf das Regierungsprogramm der rot-schwarzen Koalition, das vorsieht, Pilotprojekte in diese Richtung zu starten.

„Wir reden derzeit über Verwaltungs- und Föderalismusreformen“, sagt Pieslinger. „Daher bietet sich jetzt eine große Chance.“ Man müsse sich davon verabschieden, dass Bundesstellen mit einer Quasi-Selbstverständlichkeit in Wien angesiedelt sein müssen. „Das ist ein Amtsverständnis aus der k. u. k. Monarchie.“

Zentralismus raubt den Ländern Millionen Euro

65 von 69 Bundesbehörden in Wien. Bundesrats-Chef fordert Dezentralisierung.

ANDREAS FEIERTAG

E-Mail: andreas.feiertag@vorarlbergernachrichten.at
Telefon: 05572/501-722

SCHWARZACH, WIEN. Föderalismus ist für den Präsidenten des österreichischen Bundesrates weit mehr, als den Ländern mehr Kompetenzen zukommen zu lassen, wie das derzeit beispielsweise in der Diskussion um die Bildungsreform diskutiert wird. Für Gottfried Kneifel (ÖVP, 67) gehört auch die Dezentralisierung von Verwaltungseinrichtungen dazu, erklärt er im Gespräch mit den VN: „Würden bestehende oder zumindest künftige Bundesdienststellen verstärkt in den Bundesländern angesiedelt, würde dies neben einer generellen Aufwertung der Regionen auch zu einer wirtschaftlichen Stärkung der Länder führen.“ Aus diesem Grund will sich Kneifel in seiner Amtszeit für eine verstärkte Verwaltungs-Dezentralisierung einsetzen.

Kneifel untermauert seine Forderung mit einer Studie des Innsbrucker Instituts für Föderalismusforschung, in Auftrag gegeben vom Institut Wirtschaftsstandort Österreich. In dieser folgte der Vorarlberger Institutsleiter und Föderalismusforscher Peter Bußjäger: „Der Vergleich Österreichs mit der Schweiz und Deutschland ergibt das Bild eines hochzentralisierten Staates.“

Blick in zwei Nachbarstaaten

Und tatsächlich: Derzeit unterhält Österreich 69 Bundesbehörden - von der Finanzmarktaufsicht bis zum Patentamt. Davon sind 65 in Wien angesiedelt, nur vier sitzen in den Bundesländern: die Bundesforste in Purkersdorf, das Sprachen-Kompetenz-Zentrum in Graz, das Bundesamt für Weinbau in Eisenstadt und das Bundesinstitut für Bildungsforschung in Salzburg. Zum Vergleich: In der Schweiz sind von 47 Bundesdienststellen 33 in der Hauptstadt Bern und in Deutschland sind von insgesamt 67 solcher Stellen nur 18 in Berlin (siehe Grafik).

„In Österreich sind die Bundesinstitutionen praktisch zur Gänze in Wien“, fasst Kneifel zusammen: „Das

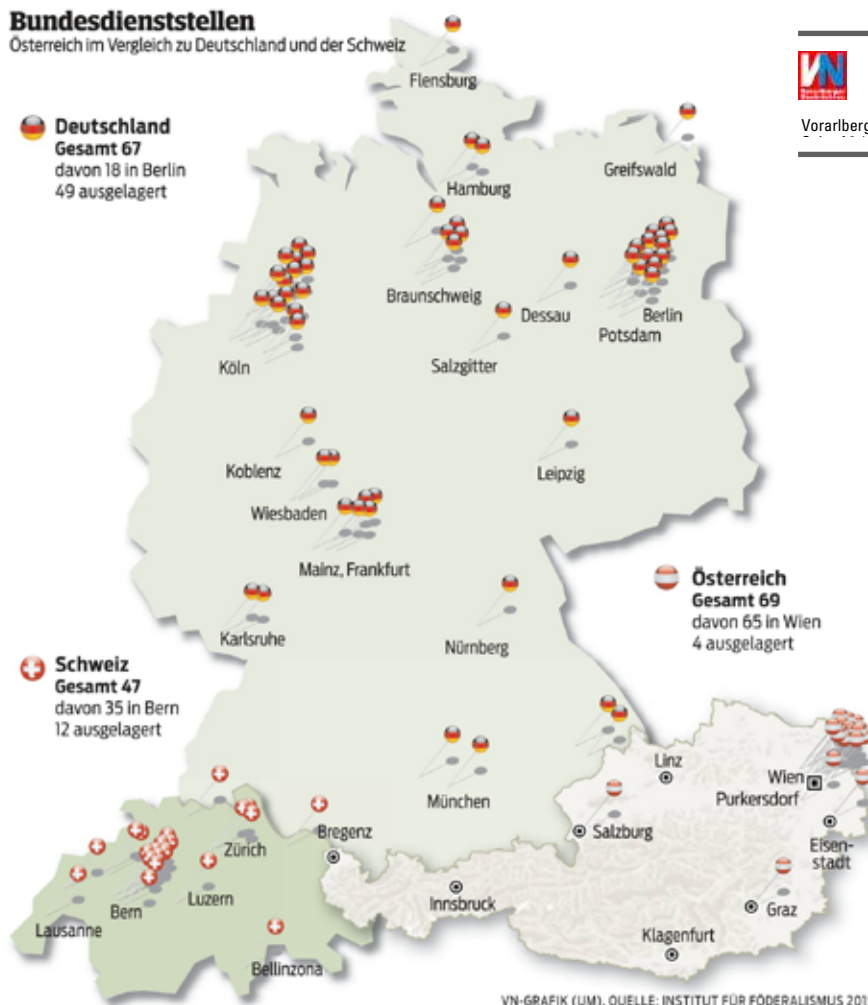
Bundesdienststellen

Österreich im Vergleich zu Deutschland und der Schweiz

Deutschland
Gesamt 67
davon 18 in Berlin
49 ausgelagert

Schweiz
Gesamt 47
davon 35 in Bern
12 ausgelagert

Österreich
Gesamt 69
davon 65 in Wien
4 ausgelagert



VN-GRAFIK (UM), QUELLE: INSTITUT FÜR FÖDERALISMUS 2015

kann man sicher historisch begründen. Aber nirgends steht, dass es in alle Zukunft auch so bleiben muss.“ Immerhin: Bundesdienststellen böten attraktive Jobs mit sicheren Einkommen. Und da die Beschäftigten ihr Geld zu meist im Umfeld der Dienststellen ausgaben, profitiere eine Region mit einer Bundesdienststelle durch Kaufkraft, Wertschöpfung, Arbeit und Beschäftigung. Lege man dem das in der österreichischen Verfassung verankerte bundesstaatliche Prinzip zugrunde, sei es durchaus legitim, „wenn auch Vorarlberg die Verlegung oder Errichtung einer Bundesinstitution im Land fordert“.

Laut der Studie würde die Verlagerung des Rechnungs-

hofes beispielsweise der betreffenden Region direkt 311 Arbeitsplätze und damit elf Millionen Euro an direkter, zusätzlicher Kaufkraft bringen. Und über Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte - das Geld der Bediensteten kommt der regionalen Wirtschaft zugute und ein Teil der Sachausgaben der Behörde fließt regionalen Unternehmen zu - könnten indirekt weitere rund 150 Jobs entstehen.

2200 neue Arbeitsplätze

Neben dem Rechnungshof analysierte die Studie auch die Statistik Austria und das Umweltbundesamt. Die Verlagerung aller drei Einrichtungen würde direkt 132 Millionen Euro und gut 1500 Arbeitsplätze in die Bundesländer bringen, über indirekte Effekte könnten weitere 700 Arbeitsplätze und 100 Millionen an Wertschöpfung für die Bundesländer geschaffen werden.

Dies würde von Wien abwandern - doch profitiere laut Kneifel selbst die Bun-

deshauptstadt davon, da in den besten Innenstadtlagen hochwertige Immobilien frei würden, die gewinnbringend vermietet oder verkauft werden könnten. Außerdem würde und müsse Wien entlastet werden: Denn die Stadt und ihr Umland wachsen schon jetzt stärker als jede andere Region in Österreich. In den vergangenen zwölf Jahren stieg die Bevölkerung allein in Wien von knapp 1,6 auf 1,8 Millionen. Laut Statistik wird die Metropolregion Wien 2050 bereits drei Millionen Einwohner haben - zulasten der Bundesländer, aus denen immer mehr junge und hoch qualifizierte Menschen Richtung Wien abwandern.

Bayerische Heimatstrategie

Kneifel verweist auch auf die „Heimatstrategie“ im benachbarten Bayern: Seit Anfang 2015 werden mehr als 50 Münchner Behörden und Einrichtungen dezentralisiert. In fünf bis zehn Jahren sollen so 3155 Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen Bayerns entstehen.

„Das führt zu einer wirtschaftlichen Stärkung der Länder.“

GOTTFRIED KNEIFEL



Warum sitzt jede Behörde in Wien?

Deutschland siedelt seine Zentralstellen dezentral an, Österreich nicht.

LINZ, WIEN. Das deutsche Bundesverfassungsgericht sitzt in Karlsruhe, die Bundesbank in Frankfurt, der Bundesnachrichtendienst in Pullach bei München, die Bundesarbeitsagentur in Nürnberg. Österreichs Beitrag zur dezentralen Verteilung von Bundesdienststellen beschränkt sich im Wesentlichen auf das Bundesamt für Weinbau in Eisenstadt und das Bundesinstitut für Bildungsforschung (Bifie) mit Sitz in Salzburg.

Der große Rest der Zentralstellen türmt sich in Wien – inklusive ausgegliederter Bundesunternehmen wie Asfinag und ÖBB. Zwei Oberösterreicher treten jetzt dagegen auf, berichten die „Oberösterreichischen Nachrichten“: Gottfried Kneifel, ÖVP-Fraktionschef im Bundesrat, und Kurt Pieslinger. Sie sind Geschäftsführer des Instituts Wirtschaftsstandort Oberösterreich und starten einen neuen Anlauf für eine föderalistische Aufteilung der Bundesbehörden nach deutschem oder Schweizer Vorbild.

Gerüstet haben sie sich mit einer aktuellen Studie des Innsbrucker

Instituts für Föderalismusforschung. „Der Vergleich Österreichs mit der Schweiz und Deutschland ergibt das Bild eines hochzentralisierten Staates“, schreibt Institutsleiter Peter Bußjäger.

Während in Österreich Bundeseinrichtungen praktisch zur Gänze in Wien angesiedelt seien, seien die Zentralen relevanter Bundesdienststellen in Deutschland auf 24 Städte verteilt, in der Schweiz auf elf. Durch die Zentralisierung in Wien

Länder fordern gerechte Verteilung der Ämter

werden auch qualifizierte Jobs und die damit verbundene Kaufkraft dort konzentriert. Und das, obwohl Wien und sein Umland stärker wachsen als jede andere Region in Österreich.

In den vergangenen zwölf Jahren stieg die Bevölkerung in Wien von knapp 1,6 auf 1,8 Millionen Personen. Das ist ein Zuwachs in der Größe der Stadt Linz. Nach Prognosen der Statistik Austria wird die Metro-

polregion Wien (Stadt und Umland) 2050 bereits drei Millionen Einwohner haben.

Der Zuwachs geht zulasten der Bundesländer. Vor allem junge und gut qualifizierte Leute ziehen den guten Arbeitsplätzen nach – eben nach Wien.

Welche Behörden könnte man in den Bundesländern ansiedeln? Pieslinger: „Wieso kann nicht ein Höchstgericht, die AMS-Zentrale, die Statistik Austria oder der Bundesrechnungshof den Sitz außerhalb von Wien haben?“ Auf jeden Fall müssten allfällige neue Bundesdienststellen in den Ländern angesiedelt werden, sagt Kneifel. Mit der Quasi-Selbstverständlichkeit, dass alles in Wien angesiedelt werde, müsse Schluss sein.

Wäre eine stärkere Dezentralisierung von Verwaltung und Wirtschaft aber auch gut für das Gesamtgefüge? Ja, sagen die Innsbrucker Forscher und berufen sich auf eine Schweizer Studie. Demnach führt ein „höherer Grad an Dezentralisierung in der Regel zu höherem Wirtschaftswachstum“.

Länder wollen Stück vom Behördenkuchen

Was die Bundesländer an Geld und Jobs verlieren, weil alle Bundesbehörden in Wien sitzen.

MARKUS STAUDINGER

LINZ. Die Verfassungsrichter tagen in Karlsruhe, die Bundesbank hat ihren Sitz in Frankfurt und das Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg. In der Bundesrepublik Deutschland sind die 80 Bundesbehörden auf 24 Städte in allen Bundesländern verteilt. Auch die Schweiz hat Bundesbehörden in elf Städten.

Österreich ist da anders. Obwohl ein Bundesstaat, sind sämtliche Bundesbehörden mit verschwindend geringen Ausnahmen (etwa dem Bundesamt für Weinbau) im Wien angesiedelt.

Das sollte nicht so sein, sagt Bundesratspräsident Gottfried Kneifel (ÖVP). Der Oberösterreicher drängt seit Langem auf eine Verlagerung von Bundesbehörden in die Bundesländer. Er stützt sich dabei auf eine Studie des Instituts für Föderalismusforschung, laut der die Behörden-Zusammenballung in Wien die Konzentration qualifizierter Arbeitsplätze in der Bundeshauptstadt fördert und damit die Bundesländer schwächt. „Schon jetzt verzeichnet der Großraum Wien 50 Prozent des gesamten österreichischen Bevölkerungszuwachses“, sagt Kneifel. „Das ist eine ungesunde Entwicklung.“

Welches Potenzial eine Verlagerung von Bundesbehörden in die Länder hätte, hat nun der Linzer Volkswirtschaftler Friedrich Schneider errechnet. Allein die Übersiedlung von drei Bundesämtern – des Rechnungshofs, der Statistik Austria und des Bundesumweltamts – würde 2200 Arbeitsplätze in den Bundesländer schaffen.

Die drei genannten Behörden beschäftigen zusammen 1500 Mitarbeiter und haben ein Budget von mehr als 130 Millionen Euro. Sachausgaben und die Kaufkraft der Beschäftigten würden im Umfeld der Behörden zusätzlich 700 bis 800 Arbeitsplätze schaffen, sagt Schnei-

der. Kneifel greift den Ball auf: „Ich verlange ja nicht, dass das Parlament nach Freistadt verlagert wird. Aber warum ein Bundesumweltamt, ein Patentamt oder die Bundesimmobiliengesellschaft unbedingt in Wien sein müssen, verstehe ich nicht.“ Diese Ämter könnte man auch in Gmunden, Innsbruck oder Bregenz ansiedeln.

Als Vorbild nennt Kneifel die „Heimatstrategie“ der bayerischen CSU, die in den nächsten zehn Jahren mehr als 50 Landesbehörden aus München in strukturschwache Regionen des Freistaats verlagern will, um dort die Abwanderung zu bremsen.



Studienpräsentation bei der IWS-Enquete zur Dezentralisierung in Linz: JKU-Assistentin Elisabeth Dreer und Georg Keuschnigg vom Föderalismusinstitut (v.l.).

Fotos: IWS/Laresser



In welche Richtung es in Sachen Dezentralisierung gehen soll ist für IWS-Geschäftsführer Prof. Gottfried Kneifel (l.) klar: Er will ebenso wie Staatssekretär Albert Füracker in Bayern mehr Bundesdienststellen in die Regionen bringen.

ENQUETE

Institut Wirtschaftsstandort fordert Dezentralisierung von Bundesstellen

OBERÖSTERREICH. Am Beispiel Bayerns zeigt das Institut Wirtschaftsstandort Oberösterreich (IWS) Möglichkeiten auf, Bundesdienststellen dezentral im gesamten Land zu verteilen. Unter dem Titel „Müssen alle Bundesdienststellen in Wien sein?“ ist zu diesem Thema jetzt auch eine Broschüre erhältlich.

„Mit der so genannten Heimatstrategie verlagert Bayern in den kommenden Jahren 3155 Bundesstellen von München in strukturschwache Landkreise“, so der zuständige bayerische Staatssekretär Albert Füracker bei einer IWS-Veranstaltung in Linz. Die bayerische Staatsregierung will so vielen Beschäftigten das Pendeln ersparen und ihnen ermöglichen, in ihren Heimatregionen zu arbeiten. „Denn Heimat funktioniert nur, wenn die Kommunen ihre Aufgaben erfüllen können. Zukünftig müssen mehr Arbeitsplätze zu den jungen Menschen in den Regionen kommen“, sagt Füracker.

IWS-Geschäftsführer Gottfried Kneifel befürwortet die bayerischen Pläne und fordert auch für Österreich eine Dezentralisierung der Bundesstellen.

„Wir fordern, dass die Bereitstellung von gleichwertigen Lebens- und Entwicklungs-Chancen für alle Bewohner Österreichs in den Rang einer Staats-Zielbestimmung erhoben wird“, so Kneifel. Es sei weder schicksalhaft noch gottgewollt, dass derzeit beinahe alle Bundesstellen in Wien angesiedelt sind.

Diese Konzentration auf Wien zeigte Georg Keuschnigg vom Österreichischen Föderalismusinstitut deutlich auf: „In Österreich sind nur drei von 68 Stellen außerhalb von Wien

angesiedelt, in Deutschland hingegen sind 80 Bundeszentralen auf 24 Städte verteilt und in der Schweiz findet man 45 Bundesbehörden in elf verschiedenen Städten.“

1960 Oberösterreicher gehen jährlich nach Wien

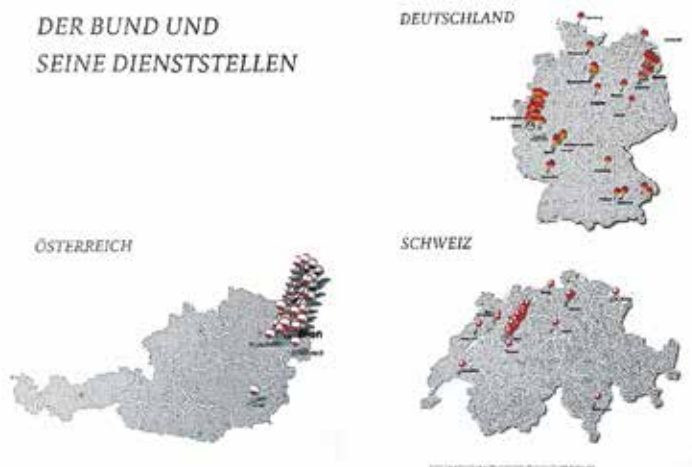
Für Keuschnigg ist das Wachsen der Wissensgesellschaft ein wesentlicher Faktor für hochqualifizierte Arbeitsplätze auch in den Regionen. Die Zahl der Studienabschlüsse habe sich seit 1971/72 etwa verdreifacht. Viele dieser Absolventen

seien gezwungen, nach Wien zu gehen. Aus Oberösterreich verlassen 1960 Personen im Jahr ihr Heimatland in Richtung Bundeshauptstadt.

Im Zuge einer Dezentralisierung könnten nicht nur diese hoch qualifizierten Arbeitskräfte im Land gehalten werden, sondern auch die volkswirtschaftlichen Aspekte seien enorm, wie Elisabeth Dreer, Universitäts-Assistentin an der Linzer Johannes Kepler Universität, betont.

In Zahlen: Würde man das Umweltbundesamt von Wien abziehen, entstehen in der jeweiligen Region 388 Arbeitsplätze. „Das bedeutet zugleich direkte Wertschöpfungseffekte zwischen 22,9 und 27,8 Millionen Euro“, erklärt Dreer.

DER BUND UND SEINE DIENSTSTELLEN



Die Grafik zeigt, wie stark die österreichischen Bundesstellen im Vergleich mit Deutschland und der Schweiz auf die Bundeshauptstadt konzentriert sind.



IWS-BROSCHÜRE

STANDPUNKT

IWS

MÜSSEN ALLE BUNDESSTELLEN IN WIEN SEIN?

Bayern verlagert 3.155 Dienstposten in strukturschwache Regionen

Institut Wirtschaftsstandort OÖ

Auf Anfrage beim IWS OÖ erhältlich, Infos unter office@iwsooe.at